

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.— M., bei direktem Postbezug monatlich 4.45 M., bei Zustellung unter Streifenband für Deutschland 6.50 M., für Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Ami Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtspaltige Normalzeile ober dem Raum 1,20 M., Werbeanzeigen das fertige Blatt 20 Pf., jedes weitere Blatt 15 Pf., Leertext 10 Pf. Bei Familien- u. Vereinstexten 10 Pf. der Zeile. In den darauffolgenden Tagen müssen spätestens bis 2 Uhr nachmittags bei der Expedition abgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Ami Norden 9768

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Die baltische Wetterrede.

Wie der „Täglichen Rundschau“ aus Tilsit gemeldet wird, soll die halbamtliche Meldung über den Rücktransport der deutschen Truppen aus Kurland, die durch das Wolffsbureau verbreitet wurde, unzutreffend sein. Der letzte Transport passierte Tilsit am 5. Oktober morgens 3 Uhr. Obwohl diese aufsehenerregende Mitteilung schon gestern Abend in der „Täglichen Rundschau“ veröffentlicht wurde, lassen sich die amtlichen Stellen in Schwedigen, Schlemmige Auskunft über den wirklichen Stand des Rücktransportes ist dringend notwendig.

Inzwischen fahren die konservativen Blätter fort, den rebellischen Landsknechten in Kurland ihre moralische Unterstützung angedeihen zu lassen. Nach wie vor lügen sie, daß die Heimat die „Kurlandkämpfer“ im Stich gelassen habe. Den freudigsten Versuch dieser Landsknechte, die Heimat in neues Unglück zu stürzen, lügen sie in „Gewissenspein“ um. Sie selbst machen sich freilich keine Gewissenspein daraus, den Rebellen den Rücken zu stärken und das Deutsche Reich in eine neue Katastrophe zu stürzen.

Berichte aus dem Baltikum weisen einmütig darauf hin, daß das Hauptübel dort nicht an den Mannschaften, sondern an den Truppenführern liegt. Wie der Korrespondent der „Berliner Börsenzeitung“ mitteilt, haben sich sogar einzelne Offiziere in Wilna erklärt, sie möchten nach Deutschland zurück, doch gebe der Kommandeur hierzu nicht die Genehmigung. Würden sie sich eigenmächtig entziehen, so bestünde die Gefahr, daß sie als Deserteur behandelt werden. Nichtsdestoweniger ist, daß derselbe Korrespondent feststellt, die Truppen in Kurland hätten seit Monaten den Etat weit überhöhen und in der Heimat einen Fonds geschaffen, die auf etwa zwei Monate ausreichen würden. Diese Fonds geben den auffälligen Truppen natürlich die Möglichkeit, in ihrem Widerstand gegen die Regierung zu verharren und ihre wertvollsten Kampfbataillone im Osten fortzuführen. Wir verlangen Aufklärung, welche amtlichen Stellen

dieses Unternehmen gefördert haben. Ohne tatkräftige Unterstützung von Berlin aus wäre es nicht möglich gewesen, daß die Truppen in Kurland sich für Monate hinaus mit Geld und sonstigen Mitteln versehen hätten. Die Regierung muß sofort eine Untersuchung einleiten und die Schuldigen zur Verantwortung ziehen.

Ebenso verlangen wir Auskunft darüber, mit welchem Recht Graf Goltz den Oberbefehl über das Okkupationsgebiet einem Häuflein russischer Abenteurer abgetreten hat. Dieser Abenteurerbande mit dem Oberst Vermont (Fürst Urußoff) an der Spitze, dem sich jetzt auch die „Eiserne Division“ und die „Deutsche Legion“ unterstellt haben, macht sich an, das Land für „die russische Oberhoheit“ in Anspruch zu nehmen. Oberst Vermont, der sich jetzt Kwalow nennt, hat am 6. Oktober in Wilna als Oberbefehlshaber der „freiwilligen Westarmee“ einen Aufruf erlassen, der vom „Baltischen Pressebüro“ verbreitet wird. In diesem Aufruf erklärt er, daß er als Vertreter der russischen Macht nach Abzug der deutschen Truppen die Leitung und den Schutz des lettlandischen Gebiets übernommen habe. Dieser Aufruf bedeutet eine offene Kampfanzeige an die gesetzmäßige lettlandische Regierung, die selbstverständlich nicht ruhig mit ansehen kann, daß ein großer Teil der lettlandischen Republik von hergelauenen russischen Abenteurern besetzt gehalten und als Basis für neue verbrochenhafte Abenteuer benutzt wird.

Die hieraus sich ergebenden Komplikationen berühren auf das engste auch die deutsche Politik, denn erst die deutsche Regierung respektive ihr Vertreter im Baltikum, Graf Goltz, hat es den russischen Abenteurern ermöglicht, im Baltikum festen Fuß zu fassen und jetzt den Oberbefehl über das besetzte Gebiet zu übernehmen. Was gedenkt die Regierung zu tun, um auch dieses Abenteuer zu liquidieren, das das deutsche Volk mit schweren Gefahren bedroht?

gestiegen ist. Trotzdem ist die Zahl der Streikenden ungefähr die gleiche geblieben.

Im Güterverkehr Nieder-Österreich leisten 50 Kostesofsbaten durch Ein- und Beladen der Loren Streikarbeit.

### Schlußsitzung des italienischen Parteitag.

Bern, 8. Oktober.

In einer stürmischen Schlußsitzung nahm der Vologneser Sozialistenkongreß eine Tagesordnung Ferrati an, in der maximalistische Grundsätze aufgestellt, aber gleichzeitig die Beteiligung am Wahlkampfe verlangt wird. Für die Annahme wurden rund 48 000, dagegen 15 000 Stimmen der Reformisten und 3800 der Kommunisten abgegeben.

### Die Streiks in Nordamerika.

Die soziale Gärung in den Vereinigten Staaten von Amerika verstärkt sich zusehends. Auf Veranlassung von Wilson ist deshalb eine Konferenz in Washington zusammengetreten, der er die Aufgabe zugewiesen hat, die Einflüchtigung von Schiedsgerichten und eine „engere Verbindung“ zwischen Kapital und Arbeit zu beraten. Man denkt dabei auch an das Verbot von Streiks.

Daß diese Konferenz nur der Absicht dienen soll, die Arbeiterkraft einzuzulassen, geht auch aus der jetzt gemeldeten Tatsache hervor, daß in der letzten Versammlung der Konferenz der Antrag gestellt wurde, alle Reichskasse sollten einstimmig angenommen werden. Bisher sind aber nur wenig Anzeichen dafür bemerkbar, daß die Konferenz, der Wilson wegen seiner Krankheit nicht beizubohnen kann, die mit ihr verbundenen Absichten erreichen wird.

Die Streiks dauern fort. In Indiana und in Ost-Chicago wurde auf Grund von Unruhen infolge des Metallarbeiterstreiks der Belagerungszustand erklärt. Es wurden Bundesstruppen nach den beiden Städten entsandt.

H. N. New York, 9. Oktober.

20 000 Fabrikarbeiter haben die Arbeit niedergelagt. Die Ausfahrt der Schiffe nach Europa ist auf unbestimmte Zeit unterbunden. Der Streik dehnt sich immer weiter aus. Nach einer anderen Besatzung befinden sich bereits 50 000 Fabrikarbeiter im Ausstand. Als Gründe werden Forderungen nach einer Lohnerhöhung von 50 Prozent und nach einem achtstündigen Arbeitstag angegeben.

## Ueber die Räteorganisation und ihre Aufgaben.

Von Artur Crispian.

I.

Im Zeitalter des utopischen Sozialismus entstand eine ganze Reihe von sozialistischen Systemen zur Reorganisation der menschlichen Gesellschaft. Bis ins Kleinste entwickelten die Utopisten ihre Vorschläge zum materiellen und geistigen Umbau der Gesellschaft. Sie versagten aber vollkommen in den Fragen der Mittel und Wege, die zur Erlösung aus dem sozialen Elend führen sollten.

Im Zeitalter des wissenschaftlichen Sozialismus sind wir uns immer klarer und sicherer über die Mittel und Wege zum Sozialismus geworden. Dafür haben wir uns desto weniger damit befähigt, in welcher Form der Sozialismus praktisch verwirklicht werden soll.

Frage uns jemand: „Wie wird euer „Zukunftstaat“ beschaffen sein?“, dann erhaltet ihr prompt zur Antwort: „Das wird sich finden!“ Nicht, als ob damit ausgesprochen werden sollte, daß wir im Grunde selber nicht wüßten, was wir wollten. O nein! Ueber das Wesen und den Inhalt unseres Ziels waren wir uns von jeher klar: Vergeßlichkeit der Eigentums an den Produktionsmitteln, planmäßige Arbeit, organisierte Verteilung der Produkte. Wie aber die Vergeßlichkeit, der Produktionsprozess und die Produktverteilung praktisch einzurichten seien, welche Organe und Instanzen hierfür und für die gesamten öffentlichen Dienste notwendig wären, und in welcher Weise diese Organe und Instanzen bis ins kleinste organisiert sein müßten, darüber haben wir uns bis zum 9. November 1918 wenig Kopfschmerzen gemacht.

Wie ist das zu erklären? Weder Böswilligkeit noch Unfähigkeit kommen hier in Betracht. Das hat seine historischen Gründe. Die sozialistische Bewegung des modernen Proletariats war auf einen langen Kampfeingestiegen. Sie rechnete nicht mit einer so bevorstehenden Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. Wir waren zu sehr mit den drängenden Fragen des Tages, zu sehr mit der Vervollkommnung und Ergänzung der Mittel und Wege beschäftigt, als daß uns genügend Zeit und Kraft bleiben konnte für eine eingehende und umfassende Lösung von Fragen, die in absehbarer Zeit kaum aktuell zu werden schienen. Dazu kam noch das immer rascher werdende Tempo der allgemeinen Entwicklung. Immer neue Probleme tauchten auf allen Gebieten auf. Und gerade auch für die Fragen der Organisation der sozialistischen Gesellschaft ergaben sich immer neue Offenbarungen.

Seit dem 9. November 1918 ist das anders geworden. Die ersten Schlochten der proletarischen Revolution sind nun auch in Deutschland geschlagen worden. Sünden wie drüben rüsten die Streiter der neuen Zeit wie die Vertreter der alten Gewalten für weitere Unternehmungen, für die entscheidenden Kämpfe. Das Klassenbewußte Proletariat — dessen Sieg nicht nur historisch notwendig, sondern auch gewiß ist — muß sich auf die Übernahme und Behauptung der politischen Macht zur praktischen Durchführung des Sozialismus einrichten. Wenn auch Tag und Stunde unseres Sieges nicht vorausgesetzt werden können, so ist doch unverkennbar, daß wir schon weit in der letzten Epoche des Klassenkampfes stehen. Die Fragen nach dem Aufbau der sozialistischen Gesellschaft sind brennend geworden. Es genügt nicht mehr zu wissen, was wir wollen; wir müssen jetzt auch wissen, wie wir es wollen. Wir müssen das nicht nur wissen, wir müssen es auch sagen.

Es ist pflichtgemäß notwendig und nützlich, die Unfähigkeit der Regierung festzustellen, das Schicksal und Unfruchtbarkeit an ihren Maßnahmen nachzuweisen. Die rein kritische Betätigung genügt aber nicht. Wir müssen zugleich sagen, wo die Ursachen der Fehler liegen und wie es besser gemacht werden kann. Dann sind unsere Kritiken überzeugender, wertvoller und vollkommen positiver. Dann sind unsere Agitationsmittel wirksamer und unsere Waffen schärfer. Die Massen werden rascher und gründlicher aufgeklärt, sie gewinnen immer mehr Vertrauen zu uns und zu sich selbst, sie fühlen sich stärker und sicherer und zielbewußter. Das sind alles Dinge, die einen schnelleren Erfolg ermöglichen.

Von diesen Erwägungen ausgehend, sind dann auch von unserer Partei in Verbindung mit der Räteorganisation — soweit sie auf unserem Boden steht — eine Anzahl von Kommissionen eingesetzt worden. Diese Kommissionen haben Richtlinien und Pläne für den praktischen Sozialismus auszuarbeiten, die dann zur öffentlichen Debatte gestellt

### Das Befinden des Genossen Haase.

Im Befinden des Genossen Haase sind Komplikationen eingetreten, sein Befinden ist relativ gut. Beide Projektile sind noch im Körper. Heute soll eine Narkoseaufnahme der Schenkelverletzungen vorgenommen und die Wunden sollen nötigenfalls entfernt werden. Gestern sprach im Gegenwart des Kranken der behandelnde Arzt die Hoffnung aus, daß Haase in acht bis zehn Tagen hergestellt sein würde. Da die Genesung unregelmäßig in die Klinik gebracht werden, äußerte der selbst den Wunsch, daß man ihn ins St. Hedwigs-Krankenhaus Haase, weil der leitende Arzt dieses Krankenhauses, Dr. Kottler, Haase vor einigen Jahren eine gefährliche Operation mit Erfolg durchgeführt hat. Sofort nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus vor Haase in guter Stimmung, die er auch bis jetzt nicht verloren hat. Seine Frau, die bei dem Vorfall zugegen war, hat sich bald beruhigt. Haase empfangt Besuch und empfängt auch heute die Besuche seiner nächsten Angehörigen und seiner engeren Parteifreunde. Er trifft vom Bett aus alle Dispositionen und Entscheidungen, die an ihn herangetragen. Wie er seinen Freunden erzählt, hat er auch während dem Warten keinen Augenblick die Besinnung verloren, und nachdem ihm von den Umstehenden Hilfe geleistet worden war, bemerkte er sich in klaren Worten bei dem Arzt und bei den Schwestern, die ihm halfen, nachdem er zusammengebrochen und ins Reichstagsgebäude gebracht worden war.

### Ergebnis der Röntgenaufnahme.

Die Röntgenaufnahme hat ergeben, daß die Kugel, die die Oberextremitätverletzung verursacht hat, einen weiten Weg zurückgelegt hat und in der Axtengrube liegt. Eine Gelenkverletzung scheint glücklicherweise nicht vorhanden zu sein. Die Kugel muß operativ entfernt werden. Die Operation soll morgen stattfinden. Es wird leider mit einer etwas längeren Heilungsdauer zu rechnen sein. Durch die Wunde im Unterarm ist die Kugel glatt durchgegangen. Es bestehen keinerlei Komplikationen. Der Patient ist fieberfrei, hat die Nacht aber sehr unruhig verbracht.

### Der Stand des Metallarbeiterstreiks.

Neuerdings haben wieder sieben Firmen die Forderungen der Metallarbeiter angenommen, womit die Zahl der Betriebe, in denen die Arbeit wieder aufgenommen wird, auf 47



...ht werden müsse. Es müsse eine atomistische Inter-  
nationale, eine internationale Komposition geschaffen  
werden. Die alte zweite Internationale könne kein solches  
Instrument des revolutionären Kampfes sein, das habe sich in Ruinen  
zerlegt. Der Kapitalisierungsprozess unter den westeuropäischen  
Bedingungen werde durch den Bruch mit der zweiten Internationale  
überlebt werden. Von der dritten Internationale trenne die  
S. P. grundsätzlich gar nichts. Auch in England und Frank-  
reich seien Strömungen für den Anschluss an Moskau vorhanden,  
der neben im Interesse einer weiteren Klärung dieser Frage  
schonfalls von der Einbringung einer Resolution Abstand  
Genosse Seger führt aus, dass man in der Frage der Inter-  
nationale nicht so vorschnell und gefühlsmäßig entscheiden dürfe,  
wie Geher es tue. Zur Lösung der großen Aufgaben brauche  
in die Arbeiter aller Länder. Vorkämpfer könnten sich nach  
gemachten Erfahrungen nicht halten, solche Experimente  
setzen nur schwere Opfer. Ein Frevler sei es, wenn man die  
werkstofften zertrümmern wolle. Vielmehr komme es darauf  
an, die den Gewerkschaften zuzurechnenden Kräfte für den Bau des  
sozialistischen zu gewinnen. Die zweite Internationale habe ver-  
loren, weil die deutschen Sozialdemokraten verlagert hätten. Es  
sei jetzt eine neue Internationale zu schaffen, die den inter-  
nationalen Kapitalismus gegenüber geschlossener aufstehe.  
Genosse Liebmann meinte, dass die Politik Geher und  
Seger sich auf der Kanone aufbaue, dass wir in einigen  
Monaten die Revolution hätten, und dass dann eine Arbeiter-  
Proletariat die politische Macht erobern würde. Es sei aber  
keineswegs sicher, dass die Räte im kommenden Winter die von  
Geher angenommenen Wirkungen haben werden. Die Diktatur  
der Arbeiter, die Geher fordere, werde selbst von den Kom-  
munisten nicht mehr vertreten, die auch vom Antiparlamentarismus  
immer mehr abkommen. Die Weltrevolution entwickle sich  
von Westen, die U. S. P. müsse deshalb den Zusammenschluss mit  
Arbeitspartei der Westländer herbeiführen und auf diese Weise  
Einheitsfront herstellen helfen.  
Die weitere Erörterung dieser Fragen wurde darauf auf eine  
nächste Versammlung verlagert.

Dampfer „Maria Louise“ zum Abholen von  
Kriegsgefangenen freigegeben. Wie jetzt gemeldet  
wird, magte oder die angemessene Besatzung am Mittwoch  
den Dampfer wieder verlassen, weil das Schiff  
der Hamburg-Amerika-Linie zu teuer war.

**Aus der Parteipresse.**  
Die beiden erschienenen Nr. 14 der „Kämpferin“. Unab-  
hängige sozialdemokratische Zeitschrift für Frauen und Mädchen  
des werktätigen Volkes, enthält folgende Beiträge: Die Tätigkeit  
des Frauen-Ausschusses. — Vom Gesundheitsstand der  
Berliner Volksschulkinder. — Internationaler Jugendtag. —  
Mutter und Kind. — Erziehung zur Persönlichkeit. — Vom künst-  
lichen Sehen. — Berichtung der Berufsorganisations der  
Krankenschwestern Deutschlands. — Eine sozialistische Ge-  
meinde. — Von der Agitation: Schmalzladen, Banzleben. — Aus  
der Bewegung: Mecklenburg. — Sozialistische Frauenbewegung im  
Ausland: Eine Konferenz der Bundesvorsitzenden der  
deutsch-österreichischen Genossinnen. — Unser Kind. — Kinder-  
beilage. Die „Kämpferin“ erscheint vierzehntäglich, Einzel-  
nummer 20 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,20 M.  
ohne Bestellgeld.

**Aus dunklen Kreisen.**  
Die antibolschewistische Liga, die sich jetzt schamhaft Liga zum  
Schutze der deutschen Kultur nennt, schickt uns folgende Berich-  
tigung:  
„Die Liga zum Schutze der deutschen Kultur (ehemals anti-  
bolschewistische Liga) hat nie eine Vorkatzen und die ihr fol-  
genden Kommunistenvereinigungen nach einem vor mehreren  
Wochen bis ins kleinste ausgearbeiteten Plan inagieren.“  
2. Die Liga zum Schutze der deutschen Kultur beschäftigt  
sein ganzes Herz gut bezogener Spiegel. — Die Liga beschäf-  
tigt überhaupt keine Spiegel; sie hat mit einem Menschen den  
Auftrag gegeben, jemand zu beschimpfen oder, wie Sie angeden-  
ken scheinen, gar irgendwelche ungeschickliche Gewaltmaßnahmen  
gegen politische Gegner zu begünstigen.“  
Die in der Berichtigung angezogenen Behauptungen beziehen  
sich auf eine Nachricht aus Halle, in welcher der Nachweis  
erbracht worden war, dass hinter der Kommunistenvereingung und  
der angeblichen Aufhebung einer großen „kommunistischen Ver-  
einigung“ die Spiegel einer antibolschewistischen  
Vereinigung stehen. Wir freuen uns, dass sich die Liga  
keiner Spiegel zum Schutze der deutschen Kultur bedient. Die  
Vorkatzen und die Putze werden vielmehr von ihrer großen  
Schweizer, der Vereinigung zur Bekämpfung des  
Bolschewismus“ inagieren. Diese ist die berichtigte unter  
allen berechtigten Organisationen, die im übrigen, was ihre  
Finanzierung anbelangt, insgesamt aus dunkelsten Quellen  
geschöpft werden und dementsprechend auch eine Tätigkeit ausüben,  
die das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hat und deshalb unter  
allen möglichen Decknamen verläßt wird.

### Gewerkschaftliches.

**Der Schiedspruch und die städtischen Arbeiter.**  
Vertrauensleute aller in städtischen Betrieben beschäftigter  
Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigten sich am Mittwoch mit  
dem Schiedspruch des Zentralausschusses. Der Referent Polenske  
gab eine Schilderung über den Gang der Verhandlungen und  
empfohl namens der Tarifkommission als auch der Ortsverwal-  
tung die Annahme desselben, obgleich auch nicht alle Wünsche in  
Erfüllung gegangen seien. In den Betrieben soll Abstimmung  
erfolgen in Betriebsversammlungen, in denen die Vertrauens-  
leute Bericht erstatten werden. Das Resultat der Abstimmung  
soll bis Sonnabend eingereicht sein. Wegen die Annahme des  
Schiedspruchs sprach ein Vertreter von Neukölln, der sich aber im  
Gegensatz zu den bei den Verhandlungen anwesenden Repräsentanten  
Vertrauensleute befand, die den Schiedspruch für annehmbar erklärten.  
Die Arbeiter im Glashütten Werk haben sich mit dem Schiedspruch  
bereits einverstanden erklärt. Nach der in dieser Versammlung  
der Vertrauensleute zum Ausdruck gekommenen Zustimmung  
dürfte an der Zustimmung der Arbeiter zu dem Spruch nicht ge-  
zweifelt werden.

**Agrarier und Zwangswirtschaft.**  
Der Deutsche Bauernbund ist mit einem Programm zum  
Abbau der Zwangswirtschaft an den Reichstag, den Reichswirt-  
schaftsminister und den Landwirtschaftsminister herangetreten. An  
der Spitze der Forderungen, die in diesem Programm erhoben  
werden, steht das Verlangen, die Regierung solle bindend erklä-  
ren, daß spätestens bis zum Beginn des neuen Wirtschaftsjahres  
1920 jegliche Beschränkung der freien Wirtschaft  
gefallen sein werde. Unter den weiterhin im einzelnen nam-  
haft gemachten Aufgaben, die zu erfüllen seien, werden u. a.  
Freigabe des Deputats an landwirtschaftliche Arbeiter, Freigabe  
der gesamten Frucht- und Schlachtviehwirtschaft und  
der Kartoffelwirtschaft hervorgehoben.  
Wenn nach diesem Verlangen der Agrarier verfahren  
würde, würden Fleisch und Kartoffeln so erheblich im Preise  
steigern, daß die arbeitende Bevölkerung nicht mehr in-  
stand wäre, sich satt zu essen. Aber was fragen die Agrarier  
nach der Not der Massen.

### Lohnbewegung der Handels- und Bekleidungsindustrie.

In einer am 10. d. M. im Ratskammer-Saal vom Deutschen  
Arbeitsrat-Verband einberufenen Plenarsitzung des Zentral-  
ausschusses obiger Branchen gab Herr W. W. W. Bericht von dem  
Gange der am Sonntag stattgefundenen Verhandlung mit dem  
Arbeitgeber-Verband des Großhandels. Der Vorsitz der Ver-  
handlung, einen Höchstlohn von 96 M. für alle über 20 Jahre alten  
männlichen Beschäftigten zu zahlen, wurde von der Ver-  
sammlung abgelehnt.  
Nach längerer erregter Auseinandersetzung, in welcher Mit-  
glieder der Verhandlungskommission ihr Entgegenkommen an die  
Arbeitgeber auf 110 M. begründeten, wurde eine Resolution gegen  
zwei Stimmen angenommen, in der das Zugehörige der Ver-  
handlungskommission von 110 M. als ein Entgegenkommen be-  
zeichnet wird, welches das Höchstmaß des wirtschaftlich Möglichen  
bereits überschreitet. Die Vertrauensleute erklärten sich mit der  
Verhandlungskommission nur dann solidarisch, wenn der  
Mindestlohn von 110 M. nur in Berücksichtigung der wirtschaftlich  
schwächeren Betriebe zur Anwendung gelangt und die bisher  
höher Entlohnungen dementsprechend im Ein-  
kommen aufbessert werden.  
Einer Entschärfung für die im Streit befindlichen Ar-  
beiter des Metallgewerbes stimmte die Versammlung einstimmig zu.

### Belagerungszustand über Saarbrücken.

General Koblauer erläßt durch Kommandostab fol-  
gende Proklamation: Seit 4 Uhr nachmittags finden Un-  
ruhen in den Straßen Saarbrückens statt. Verschiedene Läden  
sind geplündert worden. Die Angestellten der Bahn streiken.  
Einige Metallarbeiter haben sich den Streikenden angeschlossen.  
Die eingegangenen Nachrichten soll morgen das ganze Saar-  
gebiet streiken. Zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung  
hängt der General, als oberster Vertreter des Saargebietes,  
nächst den Belagerungszustand über das Saar-  
gebiet; niemand darf sich nach 9 Uhr abends auf der Straße  
aufhalten, es sei denn, daß er notwendige Dienste verrichtet. Zu-  
sammenschlüsse und Versammlungen werden nicht geduldet. Wei-  
tere Maßnahmen werden in Kürze getroffen werden.

### Aus Hörsings Reich.

In Rattow hat sich die Räte-diktatur ein neues  
Merkmal geschaffen. Vom 15. Oktober ab soll das neue Partei-  
programm der U. S. P. D. von Oberhessen in Rattow erscheinen.  
Das Programm, welches diese Lesefolge ankündigt, wurde in Rattow  
verboten und durfte, aus ganz richtigen Gründen,  
nicht an die Ratskammer gelangen. Die Räte-diktatur hat  
Hörsingsche System einen besseren Beweis dafür liefern, wie  
es die Wahrheit fürchtet!

### Seele und Kriegesgefangene.

Während des Seemannsstreiks verurteilte die rechts-  
sozialistische und bürgerliche Presse, die Bevölkerung mit der Ver-  
urteilung gegen die Seeleute auszuweichen, daß diese durch ihren  
Teil den Rücktransport der Gefangenen ver-  
zögern. Der rechtssozialistische Transportarbeiter-  
verband behauptete sogar, die streikenden Seeleute wollten  
Kriegesgefangenentransport zu Entlohnungen bei der Regie-  
rung ausüben. Der gefürchtete Laß des Unternehmertums hat  
dieser Rüge allerdings wenig Glück. Die streikenden Seeleute  
sind vielmehr in Erwartung von Verhandlungen sofort den

Die Angestellten der Abzählungsgeschäfte Groß-Berlins hatten  
im Juni dieses Jahres durch ihre Organisation, den Zentral-  
verband der Angestellten, einen Tarifvertrag eingereicht. Die  
Arbeitgeber haben die Verhandlungen bis jetzt verweigert. In den  
ersten Verhandlungen mit ihnen kam deutlich zum Ausdruck, daß  
diese Herren auch heute noch nicht den neuen Geist der Zeit erfaßt  
haben. Sie sind der Auffassung, daß eine tarifliche Regelung  
von den Angestellten überhaupt nicht gewünscht wird. Vielmehr  
machten sie den sehr durchsichtigen Vorschlag, eine Kommission  
zu bilden, die die Lohnverhältnisse der Berliner Abzählungs-  
geschäfte prüfen sollte und je nach der Größe und Rentabilität  
des Unternehmens für die Angestellten ein entsprechendes Ge-  
halt festsetze. Das Mittelbestimmungsrecht lehnten diese Herren  
überhaupt ab, weil sie die „Herren im Hause“ bleiben wollen. Da  
die Arbeitgeber betonten, daß ihnen auch daran liegt, die wirt-  
schaftliche Lage der Angestellten in Bezug auf die Lohnfrage zu  
regeln, so wurde sofort der Verhandlungskommission der Vor-  
schlag gemacht, bis zum Inkrafttreten des Tarifvertrages ein  
Provisorium durchzuführen, und zwar bei einem Gehalt von  
260 M. 33% Proz. Zuschlag und darüber 25 Proz. Zuschlag. Die  
Arbeitgeber erklärten nun, daß sie diesen Vorschlag ihrer Kom-  
mission zur Beratung vorlegen wollen, und die Verhandlungen  
waren somit erledigt. Für die Kollegen aus der Abzählungs-  
branche ergibt sich aus diesem Verhalten der Arbeitgeber die eine  
Konsequenz, sich selber als je der Organisation anzuschließen, um  
den Arbeitgebern gegenüber die geschlossene Front bei dem un-  
bedingt kommenden Kampfe zu bilden. Es muß unter allen  
Umständen eine einheitliche tarifliche Regelung in Groß-Berlin  
durchgeführt werden, und ebenfalls muß gerade das Mittelbestim-  
mungsrecht bei den Abzählungsgeschäften zur höchsten Kapazität  
gelangen. Zentralverband der Angestellten, Sektion Abzählungs-  
und Besondere-Geschäfte.

mit den bösen Elementen des eigenen Landes. Mit begeistertem  
Beifall dankten die Schüler Max Wood für die von warmer  
Menschlichkeit getragenen Ausführungen. Es kommt eben sehr  
viel auf die richtige Erziehung und Belehrung an. Aber in den  
Schulen wird leider statt des neuen Geistes der Völkerverständ-  
igung zumeist noch die tole „nationale“ Verheerung getrieben.

Die organisierten Einkäufer und Kassaboten appellieren an  
das auf Kredit laufende Publikum, nur Wochenlöhne an die Ein-  
käufer zu zahlen. Dadurch würde diesen Arbeitern die Ein-  
ziehung des freien Sonntags erleichtert und außerdem verhindert  
werden, daß das Einkäufer als Sonntagsabendverdienst von  
Beamten und anderen in fester Stellung befindlichen Angestellten  
benutzt werden kann. Darum sei es auch wünschenswert, daß die  
Einkäufer nach der Legitimation als Gewerkschafter bezahlt  
werden. — Dieser Aufruf der organisierten Einkäufer und  
Kassaboten verdient durchaus die Beachtung durch die Arbeit-  
schaft.

**Kinoshäden und ihre Bekämpfung.** Auf der Protestkundgebung  
gegen das Schundfilm, die vom Ausschuss zur Bekämpfung der  
Schundliteratur im Berliner Rathaus gestern veranstaltet wurde,  
kam es zu erregten Auseinandersetzungen. Der Vorsitzende Prof.  
Brunner von der Abteilung Polizeipräsidium erklärte, daß bei  
der augenblicklichen kapitalistischen Filmproduktion jede künst-  
lerische Idee durch die schamloseste Wert nach Geschäft vergewaltigt  
werde. Seine Vorschläge zur Bekämpfung: Polizeivorschriften,  
Zensur, Beschränkung jedoch den Polizeistempel an der Stirn.  
Stadtverordneter Dittmer forderte die Kommunalver-  
waltung. In seiner Anrede gegen die „korrupte Filmkritik  
der gesamten Presse“ mußte er die „Freiheit“ selbstverständ-  
lich ausnehmen. Von den Interessenten wurde nicht ein einziges  
Argument vorgebracht, das die vernichtende Anklageerhebung der  
Versammlung gegen die Filmindustrie und die Filmproduzenten  
widerlegen oder auch nur mildern konnte.

**Betriebsrätekonferenz für das mitteldeutsche Bergrevier.** Der  
Bezirks-Bergarbeiterrat Halle beruft am Sonntag,  
den 18. Oktober, vormittags 9 1/2 Uhr, in den Volkspark zu Halle  
eine Konferenz der Betriebsräte sämtlicher Berg-  
werks- und Schachtkontrollen des mitteldeutschen Bergreviers an.  
Die Tagesordnung lautet: 1. Das Näherste — eine Lebensnot-  
wendigkeit. Referent: Ernst Rönigk, Berlin. 2. Die Sozial-  
versicherung der Bergleute. Referent: Wilhelm Roemer, Halle.  
3. Verschiedenes.

### Schule und Völkerverständigung.

In der Vorlig-Realschule zu Berlin sprach kürzlich eine  
amerikanerin. Max Wood aus New York, im Sinne einer  
ihren Völkergemeinschaft zu den Schülern. Die vier obersten  
Klassen wurden in der Aula zu einem „English Meeting“ ver-  
ammelt. Ein Lehrer der Anstalt stellte in englischer Sprache  
Max Wood als eine ihm befreundete Amerikanerin vor, die trotz  
ihre Ungunst der Verhältnisse sich nach Deutschland gewagt hat,  
um für arme Kinder im Erziehungsinstitut 75 000 Mäusen mit funder-  
ter Milch, 500 Mäusen Kleider und große Mengen Zucker und  
Kaffee zu überbringen. Danach sprach Max Wood zu den Schülern  
über eine wirkliche Weltgemeinschaft aller guten Menschen, die  
„Völkerverständigung“ des bestehenden „Völkerverbundes“ und des  
„Völkervertrages“ — mit aller Tatkraft erarbeitet werden  
müsse. Sie verband das jugendliche Interesse dadurch wahrzunehmen,  
daß sie von dem Gegensatz zwischen Indianern und Amerikanern  
ausging und das Unrecht der letzteren dabei nicht verkleinerte. Ein  
weiter Mensch, den man auf seine eigene Nation beschränken wollte,  
würde sich wie ein Gefangener vornehmen. Denn er habe mit  
den guten Menschen fremder Völker mehr innere Gemeinschaft als

**Ernst Toller**  
gezeichnet im Gefängnis  
für die  
**FREIE WELT**  
Heute! Ue 21 Neu!

